

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.
Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2 M. — 4 vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M. 80 Pf.



Anzeigenpreis.
Der Gespaltene Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 Pf.;
auswärtiger Preis 15 Pf. — Reklamenspreis 30 Pf.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 143.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Samstag, den 7. Dezember 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Wilson und wir.

Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand des Herrn der Welt: Wilson! Der kommende Friede wird seinen Stempel tragen, und wenn er in der Praxis den idealen Anschauungen huldigt, die er so oft verkündet hat, werden alle Zertrümmerungs- und Vernichtungspläne, die die Entente gegen Deutschland hegt, in Schutt und Asche zerfallen. Wilson ist stark genug, um seinen Willen gegen die gesamten übrigen Bundesgenossen durchzusetzen, denn er hält sie an einer sehr festen Strickleiter, an dem Faden des Geldes.

In Downingstreet tagt zurzeit eine Konferenz der feindlichen Staatsmänner, die sich mit den Einzelheiten der Friedenskonferenz beschäftigen.

„Die Erörterungen dienen“, sagt Reuter hinzu, „natürlich nur der Vorbereitung der Beschlüsse, die erst nach der Ankunft des Präsidenten Wilson gefaßt werden können.“

Unter diesen Umständen ist es für uns Deutsche zurzeit von besonderem Interesse, die Beziehungen Wilsons zu seinen Verbündeten zu verfolgen. Unstimmigkeiten sind in Mengen vorhanden, aber man scheint, namentlich in England eingesehen zu haben, daß man nicht gegen den Stachel lösen kann, und beginnt die einzelnen Punkte hervorzuheben, zu denen man sich jetzt nachträglich bekennt.

Der Daily Telegraph erbläst nach Informationen aus Washington, als Basis der amerikanischen Pläne die Gründung eines Staatsverbandes der internationalen Seemächte für die Welt, wobei der See ist. Weiter verlangt Wilson die Gründung eines Schiedsgerichtshofes, dem alle Mitglieder des Völkerbundes sich anschließen, ihre Streitigkeiten diesem Gerichtshof zu unterbreiten haben und die Entscheidung des Gerichtshofes als Endurteil gelten lassen. Falls ein Volk sich weigern würde, dem Ausspruch des Gerichtshofes zu gehorchen, würde die internationale Polizeiflotte gegen dieses Volk vorgehen. Weiter wird vorgeschlagen, daß sämtliche ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe den Kern dieser Polizeiflotte bilden sollen und zur Verfügung der Exekutivgewalt des Staatenbundes stehen. Es hat in Washington eine heftige Meinungsgegensatz, daß die Amerikaner eine Sonderstellung einnehmen sollen. Dieser Gedanke wurde hauptsächlich durch aus Paris kommende Journalisten verbreitet. In Washingtoner Regierungskreisen ist man aber ganz anderer Ansicht. Es wird behauptet, daß Wilson entschieden optimistisch in Bezug auf die Harmonie und die freundliche Uebereinstimmung zwischen den assoziierten Mächten gestimmt sei.

In derselben Sache erfährt der Washingtoner Korrespondent der Morning Post folgendes: Zwei Punkte stehen fest, der Völkerbund und die freie See. Hierüber werden vielleicht zwischen Wilson und den Alliierten Meinungsverschiedenheiten bestehen, aber Frage, die ebenfalls zur Diskussion veranlassen könnte, diese werden bald ausgeglichen werden. Eine andere ist die,

was mit dem Kaiser geschehen soll.

Während Lloyd George und Clemenceau immer die Bestrafung des Kaisers beantragt haben, sagt Wilson, daß zwar Recht geschehen müsse, aber auch in gnädiger Weise, und offenbar ist der Präsident immer noch dagegen, daß eine Bestrafung stattfinden soll. Die letzte Schwierigkeit ist die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund. Man ist überzeugt, daß Wilson die sofortige Zulassung Deutschlands wünscht, und daß er alles tun wird, um Vorschläge, Deutschland wirtschaftlich zu boykottieren, auszuhalten.

In der amerikanischen Presse macht sich in beschränktem Maße ein Umschwung zu Gunsten Deutschlands bemerkbar. In erster Linie spielt da die Besorgnis mit, daß Deutschland durch zu harte Bedingungen wirtschaftlich niedergeboren würde, wodurch ein schwerer Ausfall in der Weltwirtschaft eintreten würde, den die Weltwirtschaft gegenüber „großmütig“ zu sein. So in New York Sun vom 14. November, nicht minder in New York World vom selben Tage. Man sollte sich, so schreibt das zuletzt genannte Blatt, hüten vor dem Geist der Rache und der Reaktion. Die irregulierten Völker Europas könnten nur durch die Demokratie aus ihren Ketten errettet werden, werde über diesen Punkt keine Einigung geschaffen, so wäre all das verloren, was durch den Krieg gewonnen sei! Nicht allein der Verstand, sondern auch das Herz müsse, so fährt das Blatt weiter aus, den Frieden bestimmen, wenn er dauerhaft und fest werden solle. Ebenso die dem Rhein nahe stehende New York Evening Post vom 14. ds. Mts.

Man darf daher hoffen, daß in Amerika die nächsten Erwägungen über wirtschaftliche Notwendigkeiten den Sieg über die Entgegengesetzten des Hasses und der Rache davontragen werden.

Wilson's Grundsätze.

Die Ansprache Wilsons vor dem amerikanischen Kongress brachte als wichtigsten Punkt die Begrün-

ung seiner

Weise nach Europa.

Wilson führte hierzu aus:

„Ich benutze diese Gelegenheit, am dem Kongress meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Kriege gegen die Mittelmächte assoziiert waren, zusammenzukommen, zu dem Zweck, um mit ihnen die Hauptpunkte des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Nachteile, die sich daraus ergeben, daß ich das Land gerade zu dieser Zeit verlässe, bewußt. Aber der Entschluß, daß es meine unumstößliche Pflicht sei, hinzugehen, wurde mir durch Erwägungen aufgezwungen, die, wie ich hoffe, für Sie ebenso entscheidend sein werden, wie sie mir erschienen.“

Die assoziierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich dem Kongress am 8. Januar d. J. diktierte, ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Aus sehr begreiflichen Gründen wünschen die Alliierten jetzt meinen persönlichen Rat bei ihrer Auslegung und Anwendung zu haben.

Es ist auch sehr wünschenswert, daß ich diesen Rat gebe, damit der aufrichtige Wunsch unserer Regierung, ohne selbstische Absichten irgendwelcher Art zu dem Abkommen, das zum gemeinsamen Wohle aller beteiligten Völker beitragen wird, zu gelangen, offenkundig gemacht werde. Die Friedensabmachungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und für den Rest der Welt von größter Bedeutung, und ich kenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte.

Die tapferen Männer unserer Streitkräfte zu Lande und zu See haben gewissenhaft für die Ideale gekämpft, von denen sie wußten, daß sie die Ideale ihres Landes seien. Ich habe versucht, diesen Idealen Ausdruck zu geben. Sie sind von Staatsmännern als ihre eigenen Gedanken und Absichten entsprechend angenommen worden, und auch die assoziierten Regierungen haben sie angenommen. Ihnen bin ich es schuldig, darauf zu achten, daß sie, soweit es an mir liegt, nicht falsch oder irrtümlich ausgelegt werden, und daß keine Mißdeutung geschieht, um sie zu verwickeln. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Verantwortung dessen, wofür sie ihr Leben und Blut geopfert haben, auf mich zu nehmen. Ich könnte mir keinen Ruf zu einem Dienste denken, der wichtiger wäre als dieser.

Das ist ein Bekenntnis zu seinen früheren Anschauungen über einen Frieden der Gerechtigkeit, wie es klarer nicht ausgesprochen werden kann. Es wird also jetzt darauf ankommen, wie Wilson sich seinen Alliierten gegenüber durchsetzt.

Das deutsche Staatsvermögen als Pfand.

Beschlüsse der Finanzkommission in Spa.

Die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnete das Schlußprotokoll, in dem unter anderem folgende Vereinbarungen mitgeteilt sind:

„Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, ihren fiskalischen oder privatwirtschaftlichen Besitz in irgend einer Weise zu vermindern, da dieser Besitz das gemeinsame Unterpfand der Alliierten zur Deckung der Kriegsschäden ist, auf die sie Anspruch haben.“

Ferner verpflichtet sich die deutsche Regierung, während der Dauer des Waffenstillstandes und ohne den Bestimmungen vorzugreifen, welche für die Zukunft getroffen werden, keine Goldausfuhr vorzunehmen oder zuzulassen. Sollte sie sich unbedingt gezwungen sehen, für die normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens von den Bestimmungen dieser Bedingungen abzuweichen, muß sie vorher hiervon die assoziierten Regierungen in Kenntnis setzen.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, außerhalb der normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens aus dem Bestande an Auslandswertsachen, welche dem Reichschatzamt oder der Reichsbank gehören, oder sich in ihrer Eigenschaft als Devisenzentrale in ihrem Besitze befinden, keinerlei Uebertretung in das Ausland weder direkt noch durch Mittelspersonen vorzunehmen. Diefelbe Verpflichtung wird eingegangen für die ausländischen Effekten, die der deutschen Regierung oder der Reichsbank gehören oder die ihnen als Unterlagen für Lombardvorschüsse dienen.

Die Rückzahlung der aus Belgien und Nordfrankreich stammenden Geldsummen soll in derselben Währung geschehen, in der sie seinerzeit weggeführt wurden.

Die deutsche Waffenstillstandskommission stellt Zeitungsmitteilungen gegenüber fest, sie habe von dem von Rußland oder Rumänien an Deutschland gezahlten Gelde, das zurückerstattet werden mußte, „auch nicht für einen Pfennig Gold an die bolschewistische Regierung aelangen lassen“. Die Reichsbank hat vielmehr

in Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages 93 536 Kilogramm Feingold im Betrag von rund 148 Millionen Mark nach Frankreich geschickt. Die Sendung ist unterwegs nach Paris.

Eine Unterredung mit dem Kronprinzen.

Nach er hat nicht den Krieg gewollt.

Der Rotterdammer Korrespondent des „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen auf der Insel Wieringen. Er gab dem Journalisten die Erklärung:

„Ich bin der entschiedenen Meinung, daß wir schon Anfang Oktober 1914 den Krieg verloren hätten. Nach der Marne-Schlacht hielt ich unsere Lage für hoffnungslos. Ich versuchte, den deutschen Generalstab zu bewegen, schon damals Frieden zu schließen, sogar einen Frieden mit großen Opfern, bei dem auch Elend und Leiden preisgegeben werden sollte, aber man sagte mir, ich solle mich

um meine eigenen Angelegenheiten kümmern

und mich mit der Führung meiner Armee begnügen. Trotz allen gegenteiligen Berichten habe ich nie den Krieg gewünscht und diesen Augenblick für sehr ungünstig gehalten, um den Krieg zu beginnen. Ich befürchtete Englands Intervention, aber Prinz Heinrich und andere Mitglieder meiner Familie waren anderer Meinung.“ Der Kronprinz sprach sich bitter über die Tätigkeit des Großen Generalstabs aus, der die Ursache vieler Fehlschläge, so zum Beispiel der großen diesjährigen Marschoffensive gewesen sei. „Aubendorff“ sagte der Kronprinz, „war die große treibende Kraft für Deutschlands Tätigkeit im Kriege. Hindenburg war nur dem Namen nach Führer. Aubendorff und sein Stab unterschätzten fortwährend die feindlichen Streitkräfte, auch die der Amerikaner.“ Der Kronprinz nannte sich einen Verehrer Wilsons, der so, wie er es stets erwartet habe, einen gerechten Frieden für Deutschland zustande bringen werde.

Den geschmacklosen Passus über Wilson hat sich der Korrespondent wohl aus den Fingern gezogen.

Loslösung von Preußen.

Republik Rheinland-Westfalen.

Die Trennungsbewegungen im Reich, die in der Berliner Regierung wider Willen ihre beste Stütze finden, haben in Rheinland-Westfalen drohende Gestalt angenommen.

In Köln forderten zwei Meisenversammlungen nach Ansprachen der Reichstagsabgeordneten Trimborn und Warg sowie des Hauptredakteurs Hoeder unter gewaltigem Beifall baldige Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörenden selbständigen rheinisch-westfälischen Republik. Es wurde folgende Beschlusfassung angenommen:

5000 rheinische Bürger und Bürgerinnen, am 4. Dezember 1918 in der Bürgergesellschaft zu Köln versammelt, fassen folgende Entschliessung: In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reich, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Ueberzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichend staatsbildende Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und Westfalen anzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland und Westfalen und den anderen Ländern am Rhein auf, baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörenden selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten.

Aus welcher Stimmung heraus dieser Beschlus zustande kam, das zeigen Auslassungen des führenden Zentrumsblattes am Rhein, der „Kölner Volkszeitung“. Diese schrieb dieser Tage:

Von Tag zu Tag wird die Erbitterung über die schmachvolle Mißwirtschaft in Berlin heftiger. Die schändliche Korruption mit einer russischen Zustände überbietenden Verschwendung von Staatsgeldern beweist, daß der Berliner Geist ganz Deutschland in das furchtbare Verderben treiben muß. Berlin hat in diesen Tagen der größten deutschen Not und alle in den Augen des Auslandes mit Schmach bedeckt; es betreibt einen schamlosen Kultus der Unfähigkeit; es beweist, daß eine Leitung der Regierungsgeschäfte in einem von wilden Demagogen so verfeuchten Ort ein Ding der Unmöglichkeit ist. Der deutschen Rasse fremde Elemente, die nur von Verführungsmitteln erfüllt sind, haben ihre Annahmen

so weit getrieben, daß das „Was“ jeder wieder erschöpfen ist.“
Werden jetzt vielleicht den Herren in Berlin die Augen aufgehen? Preußen ohne die Rheinlande und ohne Oberschlesien ist ein lebensunfähiges Gebilde. Wenn es so weiter geht, wird von dem Preußen Wilhelms I. lediglich Berlin mit der Mark Brandenburg übrigbleiben.

Bevölkerung und Besatzungstruppen.

Würde auf beiden Seiten.
Das Verhältnis zwischen der deutschen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und den Besatzungstruppen wird sich am besten gestalten, wenn von beiden Seiten die notwendige Zurückhaltung und Würde eingehalten wird. In diesem Sinne kann man sich mit dem Tagesbefehl einverstanden erklären, den die englische Presseleitung beim Betreten deutschen Bodens durch die englischen Truppen ausgegeben hat:

„Die vollkommenste Ordnung muß von den Truppen, die den Vorzug haben, in Deutschland einzurücken, innegehalten werden. Mit der Bevölkerung soll so wenig Verkehr wie irgend möglich stattfinden, aber jederzeit ausgesprochene Höflichkeit und Selbstbeherrschung gezeigt werden. Jede Familiarität ist zu vermeiden. Die englische Tradition im Verhalten zu einem geschlagenen Feind ist hochzuhalten, denn alle Maßregeln zur Herbeiführung von Entschädigung und Wiedervergeltung sind Sache der Behörde selbst, aber nicht des einzelnen.“

Entsprechende Aufrufe der Franzosen und der Belgier sind nicht bekannt.

Ein erfreuliches Gegenstück hierzu, das zeigt, daß man auf deutscher Seite versteht, auch in den Tagen der Not die nationale Würde zu wahren, zeigt der Bericht des Sonderkorrespondenten der „Times“ bei der amerikanischen Armee. Er meldet, daß die amerikanischen Truppen mit Muff über die alte Römerbrücke gezogen und so in Trier eingerückt seien. Die herbeigekommene deutsche Bevölkerung sah dem Einzug mit Wohlwollen zu. Im Zentrum der Stadt zeigten sich verschiedene Bewohner an den Fenstern. Sie begegneten den Amerikanern mit Lächeln, aber den gleichen stolzen Blicken, wie ehemals. Alle Fahnen, die zum Empfang der deutschen Truppen vor wenigen Tagen gehißt worden waren, wurden sämtlich eingezogen.

Zwischen Krieg und Frieden.

Gerichtlicher Schutz der heimkehrenden Krieger.
Die heimkehrenden Krieger scheinen, wie man sie in die Öffentlichkeit gelangten Äußerungen erkennen lassen, zu befürchten, daß sie von ihren Gläubigern schuldlos zur Bezahlung ihrer Schulden angehalten werden könnten.

Diese Befürchtung ist unbegründet. Bereits durch die Verordnung des Bundesrats über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer vom 8. Juni 1916 ist dafür Sorge getragen, daß sich die in das bürgerliche Leben zurückkehrenden Soldaten die erforderliche Zeit verschaffen können, um zunächst ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu ordnen, und daß sie nur in dem Maße, wie ihnen das möglich ist, ihre Gläubiger allmählich zu befriedigen brauchen. Sie können zu diesem Zweck bei dem Gericht eine Zahlungsfrist, oder wenn bereits ein Urteil vorliegt, die Einstellung der Zwangsvollstreckung, die wegen Geldforderungen betrieben wird, beantragen.

Diese Vergünstigung darf bis zur Dauer von sechs Monaten bewilligt werden. Nicht bloß den Anwohnern mobiler, sondern auch denen immobiler Truppenteile stehen die Befugnisse aus der genannten Verordnung zur Seite. Bei Stellung der Anträge werden den bisherigen Kriegsteilnehmern außer der Rechtsanwaltschaft auch die vielerorts errichteten Beratungsstellen zur Hand gehen.

Warnung vor Jazug nach Berlin.
Die Berliner Gewerkschaften melden in den letzten Tagen übereinstimmend hohe Arbeitslosigkeit, die durch die heimkehrenden Soldaten zu einem großen Teil aber auch durch die Unsicherheit der politischen Verhältnisse und die damit im Zusammenhang stehende Bähung des Unternehmungsgeistes hervorgerufen worden ist.

Innerhalb einer Woche ist die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von 600 auf annähernd 1000 gestiegen. Bei den Holzarbeitern sind mehrere Tausend Arbeitslose gemeldet. Bei den Metallarbeitern sind weit über 5000 Arbeitslose vorhanden. Die Organisation der Buchdrucker zählt weit über 1000 Arbeitslose, was gegenüber der Gesamtzahl der Beschäftigten einen außerordentlich hohen Prozentsatz darstellt. Alle diese Listen erstrecken sich nur auf die organisierten Arbeitslosen.

Unter diesen Umständen muß vor einem Jazug nach Berlin, wo zudem die Ernährungsverhältnisse noch für längere Zeit die gleich schlechten bleiben werden, dringend gewarnt werden.

Das neue Reichskontamt.
Alle Fragen des Ausverkehrs werden durch eine Verordnung der Regierung einem neu geschaffenen Reichskontamt unterstellt.

Die Zeitung des Amtes wird Herr August Euler aus Frankfurt a. Main übertragen, der den Titel „Unterstaatssekretär“ führt. Das Reichskontamt bearbeitet die Angelegenheiten der Ausfahrt selbständig mit der Maßgabe, daß das Ausfahrtrecht unter seiner Mitwirkung vom Reichsamt des Innern angeordnet wird.

Als Engländer über die guten deutschen Ernährungsverhältnisse.

Mit merkwürdigen Augen schaut sich der Berichterstatter der Westminster Gazette die deutschen Ernährungsverhältnisse an. Das genannte offizielle Blatt schreibt nämlich:

Die ersten Meldungen der Berichterstatter bei den in Deutschland eingelegten Truppen lassen sich nicht verstehen, daß das Land dem Hunger nahe wäre. Sie finden, daß die Bevölkerung des Rheinlandes unter Verhältnissen lebt, wie Belgien, und das besetzte Frankreich seit Jahren nicht gekannt hat.

Nichts läßt vermuten, daß die Bevölkerung Anstrengungen durchgemacht hat. Wir können nicht ganz Deutschland nach den Verhältnissen im Rheinland beurteilen, aber die Verbundenen werden die Verhältnisse als die bisherigen für eine Hungernot verlangen, bevor sie ihre Lebensmittel Deutschland opfern.“

Erneuerungsbeispiel des Prinzen Heinrich an den Kaiser.

Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, veröffentlicht einen Aufruf an „alle Mitglieder des kgl. Preussischen Hauses“, in dem er sein zukünftiges Verhältnis zum Kaiser wie folgt darstellt:

„Als Senior der zurzeit in Preußen und dem Reich angehörigen Mitglieder des Preussischen Königshauses erkläre ich hiermit, daß trotz der Neuordnung im Reich und in Preußen, welche ich unter dem Druck der Verhältnisse anerkennen gezwungen bin, ich bestrebt sein werde, einer geordneten, gesetz- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung vertraglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber andererseits mich persönlich bis an mein Lebensende an die Person unseres Königs als gebunden erachte, alles tun werde, was in meinen Kräften, um Schaden von ihm abzuwenden, ihn als mein alleiniges Familienoberhaupt respektlos anerkenne.“

Indem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des königlich Preussischen Hauses hiermit zur Kenntnis bringe, erhoffe ich von diesen eine gleiche Bestimmung.“

Sämtlichen Prinzen und Prinzessinnen des Hohenzollernhauses wurde das Verlassen des deutschen Bodens freigestellt. Zur Bedingung wurde aber gemacht, daß ihr Vermögen bis zur reichsgesetzlichen Regelung in Deutschland verbleibe.

Ein prinzipieller Vorkredner.

In einer großen Volksversammlung, die in Grimmenau in Schlesien stattfand, an der über 600 Personen aus allen Berufsständen teilnahmen, nahm Herzog Ernst Günther zu Schlesien, vgl. Holstein, der Bruder der Kaiserin, das Wort zu längeren Ausführungen und betonte, daß er unbeschadet seiner bisherigen politischen Tätigkeit bereit sei, im Rahmen seines Besitzes an der Ausführung von sozialpolitischen Aufgaben mitzuwirken. Er habe ja auch bisher diesen Fragen stets in Wort und Schrift großes Interesse gewidmet und sei schon seit 20 Jahren

Anhänger des Achtstundentages.
für die Industrie gewesen, sei, soweit die Arbeiterschaft das Bestreben habe, in 8 Stunden daselbst zu leisten, wie bisher in 10 Stunden. Er habe er an höheren Stellen bei wichtigen Beratungen seine wachsende Stimme erhoben, aber oft ohne Erfolg. Der Herzog verbreitete sich dann noch über Ernährungsfragen, über die Mobilisierung der stillen Kräfte in Landwirtschaft, Industrie und Eisenbahn, sowie über die kommende Wirtschaftsentwicklung. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall.



Locales und Provinzielles.

Geisenheim, 7. Dez. Sobald die Vorposten des feindlichen Besatzungsheeres den Rhein erreichen, wird jeder Personen- und Güterverkehr von einer Rheinseite zur anderen Rheinseite verboten. Der Verkehr von Mainz nach Frankfurt a. M. Darmstadt und Wiesbaden und der Trajektverkehr Bingen-Rüdesheim muß ab 9. Dezember, 12 Uhr mittags, vollständig eingestellt werden. Nähere Auskunft, wie weit die Züge auf den einzelnen Strecken bis in die Nähe der Brücken bei Worms und Mainz und zurück verkehren können, erteilen die Bahnhöfe und Fahrkartenausgabenstellen. Der Güterverkehr zwischen der rechten und linken Rheinseite ist vom 9. Dezember ab völlig eingestellt, ausgenommen sind nur Kohlen von der rechten nach der linken Rheinseite.

Güter die nicht zuverlässig noch am 8. d. Mts. über den Rhein gelangen, können nicht angenommen werden.

Geisenheim, 7. Dez. Hinsichtlich des Aufenthalts wehrpflichtiger Personen im besetzten Gebiet gilt nach den bisherigen Vereinbarungen der Waffenstillstandskommission folgendes:

1. Alle bei Abschluß des Waffenstillstandsabkommens im vom Feinde zu besetzenden Gebiet befindlichen Personen wehrpflichtigen Alters können bei Verhinderung des Landes wohnen bleiben, auch wenn sie vor dem Kriege noch nicht dort gewohnt haben, sondern erst während des Krieges zugezogen sind.

2. Alle nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens entlassene und zur Entlassung kommenden Offiziere, Militärbeamten und Mannschaften dürfen nur dann im vom Feinde zu besetzenden Gebiet sich aufhalten, wenn sie schon vor dem Kriege dort anständig waren.

3. Entlassene Mannschaften usw., denen nach vorstehenden Ziffern 1 und 2 die Rückkehr oder das Verbleiben im vom Feinde zu besetzenden Gebiet nicht möglich ist, werden wenn sie den Jahrgängen 1896—1899 angehören, von den Bezirkskommandos wieder eingezogen und im Korpsbezirk bei ihrer Waffengattung wieder eingestellt. Zu die-

sem Zweck haben sich die in Frage kommenden Mannschaften bei ihren zuständigen Bezirkskommandos zu melden. Anderen Jahrgängen steht der Wiedereintritt frei.

4. Alle entlassenen Militärpersonen müssen vorübergehende Entlassungspapiere haben. Als ordnungsgemäß gelten nur Militärpapiere, die lediglich mit dem Adressen- und der Unterschrift der entlassenen Dienststelle versehen sind. Unterschriften und Stempel des Arbeiter- und Soldatenrates erkennt der Feind nicht an.

5. Die vorstehenden Bestimmungen unter 1—3 gelten nicht für das neutrale Gebiet. In diesen können alle ordnungsgemäß entlassenen Militärpersonen ohne Rücksicht auf Jahrgänge und früheren Wohnort sich aufhalten.

In vorstehender Angelegenheit hierher gerichteter Anfragen finden hierdurch ihre Erledigung.

Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates:

Das stellvertretende Generalkommando des 18. A. K.

v. Studnitz, Generalmajor.

Wied veröffentlicht.

Wiesbaden, den 6. Dezember 1918. Garnisonkommando.

Geisenheim, 7. Dez. Zu Ehren unserer kriegstoten Krieger findet morgen auch in der hiesigen evangelischen Kirche ein Fest- und Dankgottesdienst statt. Alle evangelischen Kriegsteilnehmer auch die von Johannsburg werden herzlich gebeten, an diesem Gottesdienst teilzunehmen. Es werden auf der Westseite im Schiff der Kirche eine Anzahl Bänke als Ehrenplätze für sie freigegeben. Die Kriegsteilnehmer werden gebeten dort Platz zu nehmen.

Geisenheim, 7. Dez. (Invalidenversicherung—Beitrag der Quittungsarten.) Nachdem die Geschäft der Versicherungs-Kontrollstelle Rüdesheim der Landesversicherungsanstalt Hesse-Nassau wieder regelmäßig aufgenommen worden sind und die Quittungsarten unermüdet und durchgreifender erfolgt, als dies während des Krieges bisher möglich war, werden die Arbeitgeber und Versicherten darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfiehlt, etwa rückständige Beiträge durch abschließende Massenerhebung zu regeln und die Quittungsarten ständig in Ordnung zu halten.

KA Geisenheim, 7. Dez. Betr. Gültigkeit der Fleischkarten. Nach Fertigstellung der Reichsfleischkarte für die Zeit vom 2. Dez. 1918 bis 5. Januar 1919 ist insofern eine Abänderung eingetreten, als die eingeschobene Fleischkarte vom 16.—22. Dez. in Wegfall kommen soll. Da für die vorerwähnte Woche keine Fleischkartenabschnitte vorgegeben worden sind, so werden die Fleischkartenabschnitte der Woche vom 30. Dez. 1918 bis 5. Januar 1919 — weißes Papier — für die Zeit vom 16. bis 22. Dez. Gültigkeit haben. Für die Fleischarten der am 30. Dez. beginnenden wöchentlichen Periode wird zur Vermeidung von Irrtümern farbiges Papier benutzt werden.

Falls ein Versorgungsberechtigter in der Woche vom 16.—22. Dez. verreist, oder an der örtlichen Fleischversorgung nicht teilnehmen sollte, ist vor Eintritt der Reise durch das zuständige Bürgermeisterei die Gültigkeit der Fleischkartenabschnitte vom 30. Dez. 1918 bis 5. Januar 1919 für die Woche vom 13. bis 22. Dez. in jedem einzelnen Falle handschriftlich zu bescheinigen.

Geisenheim, 7. Dez. Gestern haben die Truppenzüge durch unsere Stadt ihr Ende erreicht. Gestern Nacht sind die letzten Truppen hier verladen worden. Die Einwohnerzeitung wird deshalb gebeten, die Fahnen einzulegen zu wollen und den Schmutz der Häuser zu entfernen, da vielleicht schon in den nächsten Tagen, jedenfalls aber schon von Montag ab kleinere Abteilungen des Feindes zu erwarten sind. Wir machen noch besonders auf die Bekanntmachungen in der heutigen Nummer unserer Zeitung aufmerksam.

Geisenheim 7. Dez. Am Dienstag den 10. Dez. feiern die Eheleute Wilhelm Weiß und Margarethe geb. Köhler das Fest der silbernen Hochzeit. Wir gratulieren.

Geisenheim 7. Dez. Dem Vernehmen nach ist in Aussicht genommen im besetzten Gebiet links des Rheins die französische (westeuropäische) Zeit einzuführen, und zwar wahrscheinlich in der Nacht vom 14. zum 15. Dezember. Wegen der mitteleuropäischen Zeit gehen die Uhren in Frankreich 1 Stunde nach. Die Uhren müssen mit dem Zeitpunkt der Einführung mit der westeuropäischen Zeit um 1 Stunde zurückgestellt werden. Dieses wird zur Folge haben, daß die Abfahrtszeiten der Eisenbahnzüge, der Beginn der Arbeitszeiten in den Fabriken und den Geschäften, der Beginn des Unterrichts in den Schulen usw. im besetzten Gebiet um eine Stunde früher als jetzt angelegt werden muß. Da es nicht möglich sein wird, die Eisenbahnfahrpläne sofort zu ändern, würden die Abfahrts- und Ankunftszeiten der Züge im besetzten Gebiet durchweg um eine Stunde früher gelten als in den Fahrplänen angegeben ist.

KA Geisenheim 7. Dez. Etwas durch die Herausziehung der Kriegsgefangenen notwendig werdender Ersatz an Arbeitskräften ist unverzüglich bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis unter dem Stichwort „Ersatz für Kriegsgefangene“ und unter Angabe der Berufsart anzumelden.

Unsicherheit im Geschäftsbetrieb macht sich verheerend in industriellen und gewerblichen Betrieben geltend, da sich schwer übersehen läßt, wie größere Unternehmen sich entwickeln werden, da die Sozialisierungspläne der neuen Regierung hier schon ins Gewicht fallen. Ein großes Risiko zu übernehmen, ist nicht wohl jemand zuzumuten. Die Haupthoffnungen werden auf Aufträge aus dem Verkehrswesen, auf der Maschinenbranche und aus dem Baumarkt gesetzt. Sehr zu beachten ist, daß in den Berliner Erörterungen von Seiten der Regierungsvertreter immer wieder gegen das Streikfever und für die Arbeitspflicht gesprochen wurde. Wir haben kein anderes Geld, als das, welches wir durch Arbeit verdienen, denn auch das Kapital stellt nichts anderes dar, als die konzentrierte Arbeit. Keine industrielle, gewerbliche oder handelsmäßige Tätigkeit ist möglich ohne Betriebskapital, heute weniger als je.

Handwerker beschäftigen. Größere Handbetriebe können in dieser Jahreszeit die Arbeit nicht so schnell in vollem Umfang wieder aufnehmen. Es liegt aber in so manchem Hause Anlaß für Reparaturen am Dach, in Oefen, Fenstern, Kellern, Hauseingängen und Treppen vor, auch in den Küchen ist mehr als zu erneuern. Da gibt es für erfahrene Maurer, Schloss-

gung, die für die Hausbesitzer um 10 zweimonatiger m. als jeder Reparaturaufschub die Arbeit unnötig verteuert. Ein Arbeitsangebot wird also vielfach willkommen sein. Auch die Behörden werden bei der Instandhaltung von öffentlichen Gebäuden mehrheitlich zu tun haben, was auch jetzt ausgeführt werden kann.

Aus dem Rheingau. Es bleibt in geschäftlicher Richtung noch immer ruhig und nur hin- und wieder kommt es zu Abschlüssen. Die Forderungen für den neuen Wein sind noch immer so, daß die Käufer zurückhalten, aber auch mit der politischen und sonstigen Lage kann diese Zurückhaltung erklärt werden. Es wird stark damit gerechnet, daß die Preise noch zurückgehen werden. Keltere Gewächse gehen gar nicht ab. So liegt der meiste 1916er noch, und was an 1917er Wein liegt wird auch vorerst nicht verkauft werden.

Am Mittelrhein 4. Dez. Der Wasserstand des Rheins ist bis vor einigen Tagen stark zurückgegangen, hat dann neuerdings eine kleine Aufbesserung erfahren und geht neuerdings wieder zurück. Die Schiffe können nur mit ganz geringen Ladungen verfahren. Dann hat der Schiffsverkehr unter dem fast Tag für Tag auftretenden dichten Nebel zu leiden, und ebenso darunter, daß Rheinaufwärts und Rheinaufwärts viele Pontonbrücken von den Pionieren geschlagen wurden, über die unser Heer nach dem rechten Rheinufer gelangte. Unter diesen Umständen war der Verkehr flau, ruhte an manchen Tagen sogar ganz. Leichterungen wurden im Gebirge fortgesetzt vorgenommen. Lieber Mainz, Marneheim und Frankfurt wurden Frachten nicht angenommen. Talwärts nach Holland herrschte dagegen bereits ein ganz reger Verkehr mit entsprechend kleinen Fahrzeugen. Die Kohlenlieferungen der Zechen haben übrigens nachgelassen, da die Gefangenen entlassen wurden.

„In den ausströmenden deutschen Arbeitskräften aus dem deutschen Heere ist allerdings ein Zuwachs der Beförderung zu erwarten. Freilich ist auch bald erforderlich für den Mittel- und Oberrhein die Kohlenbeförderung in die richtigen Wege zu leiten damit nicht größerer Mangel an dem schwarzen Material eintrete.

Wiesbaden 7. Dez. Major Sommer vom Gouvernment Mainz teilt mit, daß Mainz bis 6 Uhr früh am 8. Dez. geräumt sein müsse. Dann ziehen die Besatzungstruppen ein. In Wiesbaden tue man gut, sich auf das gleiche vorzubereiten. Das Gouvernement siedelt nach Bad Nauheim über. Wiesbaden muß also bis zum Sonntag geräumt sein und alle hier noch weilenden Heeresangehörigen im Laufe des heutigen oder morgigen Tages unsere Stadt verlassen. An die Bevölkerung aber richten wir im Hinblick auf die baldige feindliche Besetzung das Ersuchen, die Fahnen rechtzeitig vor dem 8. Dezember einzuziehen, damit bei der Besetzung durch den Feind Fahnen nicht mehr zu sehen sind.

Die große Zhar

unserer elenden Krüppel, Stichen, Idioten, (1000), bittet in diesem Jahre besonders herzlich ihrer zum Weihnachtsfest in barmherziger Liebe zu gedenken. Freundschaftliche Spenden nimmt dankbarst entgegen D. H. Braun, Superintendent, Vorstand der Krüppelhäuser. Angerburg, Ostpr. (Postsch. Königsb. 2423.)

Katholische Gottesdienstordnung in Weisenheim.

Sonntag, den 7. Dezember von 4 Uhr an ist Gelegenheit zur heil. Messe.

Sonntag, den 8. Dezember, 7 Uhr: Frühmesse. 8 1/2 Uhr: Schulmesse. 9 1/2 Uhr: Hochamt Dankgottesdienst für die Heimkehr der Krieger aus dem Felde. Dieselben wollen die Plätze auf der Evangelienseite im Schiffe der Kirche einnehmen. 2 Uhr: Andacht. 3 Uhr: Begrüßung der verstorbenen Magdalena Schüller geb. Kreier. 4 Uhr: Versammlung des Marienvereins bei den Altarlinien und Aufnahme der neuen Mitglieder in die Marienische Kongregation.

Mit Ausnahme von Dienstag sind täglich um 7 Uhr Koratmeschen.

Nächsten Sonntag ist in Generalkommunion der Schulkinder.

Sonntag, 6 1/2 Uhr: West. hl. Messe für die Lebenden u. Verstorbenen der Familie Anton Ehrlich.

7 1/2 Uhr: Amt für alle Gefallenen und verstorbenen Krieger unserer Pfarrei mit Verdicht. Alle Pfarrangehörigen, besonders auch die heimgekehrten Krieger, werden herzlich gebeten an diesem Teuerdanktag eifrig teilzunehmen.

Dienstag, 7 1/2 Uhr: Exequienamt für Magdalena Schüller geb. Kreier.

Mittwoch 6 1/2 Uhr: West. hl. Messe für Anna Maria Krebs.

7 1/2 Uhr: Amt für den im Felde gefallenen Anton Domes bestellt vom Gesellenverein.

Donnerstag, 6 1/2 Uhr: West. Koratmesse.

7 1/2 Uhr: Amt für Wilhelm und Christina Weiser und deren Angehörige Peter und Georg Spring.

Freitag, 6 1/2 Uhr: West. hl. Messe für die Eheleute Karl und Barbara Meyer.

7 1/2 Uhr: West. hl. Messe für Wilhelm Scholl und dessen Ehefrau Katharina geb. Blum.

Sonntag 9 1/2 Uhr: West. hl. Messe für die Eheleute Johann und Katharina Daas und deren Söhne Peter und Heinrich.

7 1/2 Uhr: West. hl. Messe für Wilhelm Heim.

Evangelische Gottesdienstordnung in Weisenheim.

Sonntag, den 1. Dez. 1918. 10 Uhr: Fest- und Dankgottesdienst zu Ehren unserer heimgekehrten Krieger. Mitwirkung des Jungmännerbundes.

Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Aus aller Welt.

Moskau ohne elektrisches Licht. Am Sonntagabend wurde Moskau mit einem Male in Finsternis gehüllt. Wegen 1/7 Uhr verloschten in allen Privaträumen und öffentlichen Lokalen, die elektrische Beleuchtung, die Lampen. Binnen kurzer Zeit wurde es dunkler und dunkler, bis die Glühkörper nur noch ganz wenig nachglühten und schließlich völlige Finsternis herrschte. Auf der Uferlandschaft in der Stadt Moskau mit Licht versorgt, war plötzlich ein Kesselfeld eingetreten, der alle drei Kessel in Mitleidenschaft zog.

Fischreichtum der Nordsee. Aus Stagen meldet „Göteborgs Posten“: Alle sind sich darüber einig, daß niemals seit Menschengedenken das Meer so großen Reichtum an Fisch und besonders an Heringen aufzuweisen hatte, wie jetzt. Die Fischer, die aus der Nordsee kommen, berichten, daß das Meer förmlich von Fischen wimmelt. An den letzten vier Jahren

ist nicht viel in der Nordsee gefischt worden. Deutschland ist dabei, einen mächtigen Fischereihafen in Wilhelmshaven zu bauen, und alles deutet darauf hin, daß Deutschland und England sich mit allen Kräften rüsten, um an den Reichtümern des Meeres teilzunehmen.

Gratifikation in Rußland. Das russische Volkstommisariat hat am 24. November eine Verordnung erlassen, nach der Briefe bis zum Gewicht von 12 Gramm und Postkarten frei befördert werden. Auch für solche Briefe und Postkarten, die unfrankiert aus dem Ausland einlaufen, braucht kein Porto bezahlt zu werden. Die russische Regierung beabsichtigt, auch anderen Regierungen vorzuschlagen, daß sie die gleiche

Berechtigte Notwehr. Ein bedauerliches Verbrechen ereignete sich in der Ortschaft Wiltan. Ein dort stationierter Wachtmeister des Kriegsgefangenenkommandos begab sich mit geladenem Gewehr in die Wohnung eines Arbeiterführers und suchte bei diesem Forderungen durchzubringen. Es entspann sich eine heftige Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Wachtmeister, als er im Begriff stand, das Haus zu verlassen, das geladene Gewehr emporhob und einen Schuß auf den Arbeiterführer abfeuerte. Der Schuß verfehlte sein Ziel, doch als der Arbeiterführer nochmals sein Gewehr lud, setzte sich der Bedrohte mit einer Pistole zur Wehr. Der Schuß, den er auf den Angreifer abfeuerte, traf diesen in den Oberarm, doch wurde ihm die Schlagader zerrissen, so daß er bald verstarb. Der Erschossene wird als ein gewalttätiger, dem Trunk ergebener Mann geschildert.

Die Vorräte im Großen Hauptquartier. Nach Mittellungen des Oberbefehlshabers A. und S. Rates wurden bei der Zählung der Vorräte des Großen Hauptquartiers unter anderem dort aufgefunden: 155 Waggons Kohlen, 600 Zentner Speck, 34 Zentner Butter und große Mengen feinsten Konferven. Die Lebensmittel sollen den zurückkommenden Truppen zugewiesen werden.

Zwei Lebensmüde. Am Pregelufer bei Holstein beschäftigte Personen fanden die Leiche eines jungen Mädchens und eines jungen Mannes in Soldatenuniform im Wasser treibend. Man hat das junge Mädchen, das vor etwa 3-4 Wochen plötzlich aus der Wohnung verschwand, zuletzt mit dem Soldaten in der Nähe des Reiterherdes gesehen, dann aber blieben beide verschwunden bis man die beiden jetzt als Leichen im Pregel fand.

Ein treuer Arbeiter durch Unfall gestorben. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich auf dem Hofe der Orgelfabrik von Schlag u. Söhne an der Kleischauer Straße in Schweidnitz. Als dort ein alter Schuppen abgebrochen wurde, löste sich unermutet die Deckenplatte und brach zusammen. Der bei den Abbrucharbeiten tätige Arbeiter Franz Wessel wurde von den abstürzenden Stücken getroffen, und ein Balken schlugerte ihn derartig nieder, daß er tödliche Quetschungen am Oberkörper erlitt. Er wurde zwar noch lebend geborgen, verstarb aber bereits nach wenigen Stunden. Wessel stand im Alter von 72 Jahren und war bereits 50 Jahre bei der genannten Firma beschäftigt.

Vier Knaben zerrissen. Im Schlosshof in Sahn standen einige Militärautos. Durch Kinder, die trotz mehrmaliger Verwarnung der Soldaten mit Feuer spielten, wurde ein dicht dabei stehendes halbgelacktes Benzinfahrzeug zur Explosion gebracht. Die Wirkung war eine furchtbare. Vier Knaben im Alter von 9-12 Jahren waren sofort tot; mehrere andere wurden teils schwer, teils leicht verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Eigenartige Liebesgaben. Wie mitgeteilt wird, wurden in Liebesgabenpaketen an russische Kriegsgefangene im Soldiner Kreise Flugblätter, die zum Bolschewismus und zur Schredensherrschaft auffordern, vorgeschunden. Ferner enthielten die Pakete auch verschiedene Handgranaten.

Aus dem Juge gefallen. Auf der Main-Weferbahn auf der Bahnstrecke zwischen den Stationen Gröden und Wensungen stürzte aus dem Nachtpersonenzug Kassel-Frankfurt in der Nähe des Dorfes Wolfershausen ein Fahrgast aus dem Juge heraus. Er wurde überfahren und schwer verletzt.

Eifer des Eises. Auf der Bank in Premitz vergnügten sich auf dem noch sehr schwachen Eise mehrere Kinder. Der 10 Jahre alte Sohn des Maschinenführers Brenneke von der Kolonie brach dabei mit seinem Schlitten ein und ertrank vor den Augen seiner Spielgefährten.

Verwahrt die Schusswaffen gut. Die Unvernunft, geladene Schusswaffen so leicht zu verwahren, daß Kinder zu ihnen gelangen können, hat schon wieder ein Menschenleben gefordert. Die im Alter von 9 bzw. 7 Jahren lebenden Knaben des kürzlich aus dem Felde heimgekehrten Gärtners Hagen aus Jakobsdorf spielten mit dem vom Vater mitgebrachten Revolver. Dabei traf eine Kugel den jüngeren Knaben in die Herzgegend, daß der Tod sofort eintrat.

Aus Versehen erschossen. In der Dachkammer bei Schreibersbau im Riesengebirge sind Mannschaften der militärischen Grenztruppe einquartiert. Am Samstag legte ein aus Polen stammender 18 Jahre alter Soldat auf dem Bett liegenden gleichaltrigen Burschen. Das Gewehr ging los und B. wurde durch den Schuß in der Stelle getötet. Der unglückliche Schütze wurde verhaftet.

Zerteilte Leiche. In der Nähe des Saganer Eisenbahngüterschuppens wurde der 23 Jahre alte Kriegsteilnehmer Richard Regel aus Regnitz tot aufgefunden. Die Leiche war in zwei Hälften geteilt. Wie das Unglück geschehen, ist noch nicht festgestellt. Der Verunglückte befand sich auf der Fahrt nach der Heimat.

Neueste Nachrichten.

TU Köln, 7. Dez. Die Spitze der englischen Truppen, bestehend aus dem 4. Garde-Dragoon-Regiment sind gestern Mittag hier eingetroffen. Das Regiment machte kurze Rast auf der Nachener Straße. Die Bevölkerung zeigte eine ruhige würdevolle Haltung.

TU Köln, 7. Dez. Marshall Haig forderte die Bewohner von Köln in einer Bekanntmachung auf, sich jeder feindseligen Haltung gegenüber den Besatzungstruppen zu enthalten. Allen Bewohnern wird die persönliche Sicherheit garantiert. Man befürchtet hier die Einführung der Burenverordnung, unter denen sich der Befehl befindet, englische Offiziere zu gräßen. Die Straßen Kölns sind stark belebt. Man sieht auffallend viel Kriegsgefangene,

aber keinen englischen Offizier. „Deutsches Militär“ ist nicht mehr in der Stadt. Tausende von Automobilen sind zurückgelassen und sollen dem Feinde ausgeliefert werden. Bürgerwehr und Schaulente versehen bewaffnet den Sicherheitsdienst. Das politische Interesse befaßt sich ganz auf die Sprache über selbstständige rheinische Republik oder Erhaltung der Reichseinheit. Große politische Versammlungen zu dieser Frage fanden gestern und vorgestern statt. Die Sozialisten scheinen gegen die Auflösung des Rheinlandes vom Reiche zu sein. Für längere Zeit werden diese politischen Kundgebungen die letzten gewesen sein und man befürchtet, daß gewisse Kreise die unfreiwillige Nähe des politischen Lebens ausnutzen könnten, um die Auflösungsbestrebungen vom Reiche zu verwickeln.

TU Berlin 7. Dez. Gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr erschienen etwa 10 Mann Matrosen und Soldaten im Reichstagsgebäude und baten dem anscheinend nichts ahnenden Ebert auf die Straße zu kommen. Hier hatte eine unübersehbare Menge Soldaten aller Waffengattungen Front gemacht. In der unsicheren Beleuchtung schienen es Tausende zu sein. Vor dem Eingang hielt ein Automobil. Sobald Ebert die Straße betrat, sprang ein Soldat auf das Automobil und logte etwa folgendes: Die Soldaten seien gekommen, um sich geschlossen hinter die Regierung zu stellen. Er sagte auch auseinander, daß eine Gruppe von Wenigen es der Regierung unmöglich mache, die Früchte der Revolution zu sichern. Die Regierung müsse frei sein, damit das Volk zum Frieden gelangen könne. Zu diesem Zwecke seien die Soldaten hierher gekommen, fest entschlossen, für die Regierung bis zum Äußersten fest geschlossen einzutreten. Der Soldat entblöhte das Haupt und rief, damit wir endlich geordnete Zustände bekommen, rufe ich in dieser heiligen Stunde die „junge deutsche Republik“ und zu ihrem ersten Präsidenten den Genossen Ebert aus, Tusch, Trommelschlag und minutenlanges Hurra — Tusch folgten dieser Proklamation. Dann bestieg Ebert das Fahrzeug. Er mahnte zur Ordnung und Ruhe und zur Disziplin, dann nur so konnte sich das Volk die Früchte der Republik sichern. Der Tag für die Konstituante sei festgesetzt. (Zahlreiche Zwischenrufe: Viel zu spät!) Man müsse den Soldaten, die von der Front zurückkehrten, auch die Möglichkeit des Wählens geben. Er gebe den Soldaten den Soldaten den Rat, sich ihren Vorgesetzten zu wählen und ihm dann zu folgen, strenge Disziplin zu halten und sich zu einer einzigen Macht fest zusammenzuschließen. Auf diesem Wege werde für die Regierung am besten und sichersten unterliegen. Ebert endete mit einem Hoch auf die deutsche sozialistische Republik, ohne seine Ausrufung zum Präsidenten irgendwie erwähnt zu haben. Ihm folgte ein Redner in Zivilkleidung aus dessen eintönigen Worten hervorging, daß er es war, der die Revolution zu Kiel in Gang gebracht habe. Er sagte: Die Soldaten folgten seinem unbedachten Impuls, als sie hierher marschierten, sondern hätten ihren Schritt wohl überlegt. So wie es augenblicklich steht, könne es nicht weitergehen. Deshalb frage er jetzt Ebert, ob er den ihm angebotenen Posten eines Präsidenten der jungen deutschen sozialistischen Republik annehme oder nicht? Ja fordern Sie auf mit einem glatten „Ja“ oder „Nein“ zu antworten. Die Spannung war auf das Höchste gestiegen. Und in der gewaltigen Menge — es hatten sich auch noch Zivilpersonen gesammelt — herrschte lautlose Ruhe. Ebert blieb nicht wieder auf das Automobil. Er sagte: Diese Frage könne er nicht so ohne weiteres beantworten. Er sei nicht das einzige Mitglied der Regierung und könne eine solche Entscheidung nicht treffen. Die Antwort würde abfallend. Der Redner sagte, man müsse sich mit dieser Antwort zufrieden geben. Er betonte noch einmal, daß die Soldaten hinter der Regierung ständen. Nach der Antwort zogen die Soldaten geschlossen, aber ruhig ab.

TU Berlin, 7. Dez. Zu derselben Zeit, in der Ebert die Präsidentenschaft der deutschen sozialistischen Republik angetragen wurde und im Abgeordnetenhaus die Mitglieder des Volksrates festgenommen werden sollten, kam es in der Chausseestraße, Ecke Invalidenstraße, zu blutigen Straßentämpfen zwischen den „Mäulern“, die dort den verstärkten Sicherheitsdienst versehen, und Anhängern der Spartakusgruppe, die sich nach Schluß mehrerer Versammlungen zu einem Demonstrationszug zusammenzuschließen versuchten. Aus einer großen Gruppe der Spartakusanhänger wurde auf die diensttuenden Soldaten vom Sicherheitsdienst mit Revolvern geschossen. Die Soldaten antworteten mit Maschinengewehrfeuer. Die Angaben über die Anzahl der Toten gehen noch auseinander, da man nicht feststellen kann, wohin die Leichen gebracht worden sind. Bisher sind 16 Tote und 15 Verwundete, darunter 12 Schwerverwundete festgestellt worden.

TU Berlin, 7. Dez. Die Berliner Universität ist gestern Mittag um 12 Uhr aus militärischen Gründen bis auf weiteres geschlossen worden. Die Universitätsleitung beschloß die Schließung um Unterkunft für die zu erwartenden Truppenverbände, die Berlin passieren, oder die mobilisiert werden sollen, zu schaffen.

TU Wien, 6. Dez. Sämtliche 389 Gemeinden der ungarischen Komitate Preßburg, Oedenburg und Wieselburg haben sich heute zu Wieselburg zu einem festgeschlossenen einheitlichen Staate geschlossen, der vorläufig neutral bleiben will, dann aber einen wirtschaftlichen Anschluß an Deutsch-Oesterreich suchen wird. Von diesen Schritten wurde die ungarische Regierung benachrichtigt.

TU Gung, 6. Dez. Reuter meldet aus Chrablin: Der Wiener Bericht, wonach die Bolschewiki in Alapajewsk die Großfürsten Sergius und Nikolai Nikolajewitsch, die Großfürstin Elisabeth Theodorowna, die Prinzen Johann Konstantin, Nikolai und Paul ermordet hätten, wird bestätigt. Sie wurden gezwungen, in ein Bergwerk zu springen, wo ihre Leichen jetzt gefunden wurden. Die russischen Blätter melden aus derselben Quelle, daß die Bolschewiki auch die Jarin und ihre Kinder, deren Leichen noch nicht gefunden worden sind, bevor sie die Morde in Alapajewsk begingen, ermordet hätten. Die Namen aller Mörder, die nach Perm abgereist sind, seien bekannt.

Bekanntmachung.

Das von der Regierung in Wiesbaden in dem Gebäude Vertramstraße 3 seit dem 1. 12. eingerichtete Kreis-Meldeamt führt von heute ab die Bezeichnung „Kontrollamt Wiesbaden“.

Die von den Truppenteilen jetzt noch zur Entlassung kommenden Personen haben sich von jetzt ab also bei dem Kontrollamt Vertramstraße 3 anzumelden.

Versorgungsangelegenheiten werden ebenfalls dort geregelt.

Ueber die Auszahlung rückständiger Gebühren folgt noch besondere Bekanntmachung.

Wiesbaden, den 5. Dez. 1918.

Kontrollamt Wiesbaden.

gez. Steindorf

gez. Eichholz.

An die Einwohner Geisenheims!

In den nächsten Tagen wird voraussichtlich auch unser Ort mit feindlicher Besatzung belegt werden. Wir gehen damit einer noch schwereren und ernsteren Zeit entgegen, als die ist, in der wir seit 4 Jahren leben. In der Tatsache, daß der Feind als Sieger kommt, dem wir im zu besetzenden Gebiet auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, läßt sich nichts ändern. Wir können aber die Achtung des Feindes nur gewinnen, wenn wir unser Schicksal mit Würde tragen, und wir können eine unnötige Verschärfung der vom Feinde zu ergreifenden Maßnahmen nur vermeiden, wenn kein einziger von uns hierzu durch unüberlegtes oder unbesonnenes Verhalten Anlaß gibt. Stets werden neben den Schuldigen, Unschuldige und die Allgemeinheit an Gut, Freiheit, ja sogar am Leben leiden. Daß das unter allen Umständen vermieden wird, dazu muß jeder Einzelne beitragen.

Wir richten deshalb an alle unsere Mitbürger die dringende Bitte.

1.) Stets und unter allen Umständen Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

2.) sich gegenüber den fremden Offizieren und Mannschaften zurückhaltend, denn sie kommen nicht als Gäste, aber höflich, denn sie kommen als „Machthaber“, zu benehmen.

3.) täglich an den Anschlagtafeln und in den Zeitungen nachzusehen, welche neuen Anordnungen seitens der Besatzung getroffen worden sind.

4.) diese Anordnungen peinlichst zu befolgen und sich dabei stets bewußt zu sein, daß Ungehorsam oder gar Widerstand auch gegen Befehle, die vielleicht unnötig oder unverdient erscheinen, nicht nur völlig zwecklos sind, sondern nur schwerste Strafen zur Folge haben würden.

5.) die Kinder dauernd strengstens zu beaufsichtigen, ihrem Unfug zu steuern und vor allem das zwecklose Umhertreiben auf den Straßen keinesfalls mehr zu dulden.

Die Verwahrlosung unserer Jugend hat durch die lange Abwesenheit der Väter, die im Felde standen und die Notwendigkeit für die Mütter, auf Arbeit zu gehen, einen erschreckenden Umfang angenommen. Sie bildet die Hauptgefahr bei der feindlichen Besetzung. Stets werden Erwachsene, in erster Linie die Eltern, dann aber auch die Allgemeinheit, für die Kinder zu büßen haben. Sollte der Feind sich veranlaßt sehen, wegen der Verfehlung eines Kindes die Stellung von Geiseln zu verlangen, so werden ihm in erster Linie die Eltern der betreffenden Kinder vorgeschlagen werden.

An unsere Frauen und Mädchen ergeht noch die besonders dringende Bitte, gegenüber der feindlichen Besatzung strengste Zurückhaltung zu bewahren. Ihr Glück, ihre Ehre, ihrer und ihrer Familie Gesundheit stehen sonst auf dem Spiel! Dessen sei sich jede bewußt, wenn die Verführung an sie herantreten sollte.

Nur wenn so ein jeder zu seinem Teil dazu beiträgt, wird es uns möglich sein, auch diese neue schwere Zeit ohne Schädigung des Einzelnen und der Allgemeinheit zu überleben.

Geisenheim, 7. Dez. 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Der Arbeiter- und Bauernrat: Scholl.

Bekanntmachung.

Im Hinblick auf die im Laufe nächster Woche zu erwartende Ankunft der feindlichen Besatzung wird gebeten die Fahnen und den Schmuck der Häuser bis Sonntag, den 8. 12. 18 abends zu beseitigen.

Geisenheim, 7. Dez. 1918.

Der Magistrat: Dr. Schneider

Bekanntmachung.

Der Haushaltungszucker für Monat November für welchen die Anmeldungen bereits erfolgt sind kommt von nächsten Montag an in den Kolonialwarenhandlungen zum Verkauf.

Das Pfund gemahlener Zucker kostet 55 Pfg.

Wärfel 58

Geisenheim, den 7. Dez. 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen, welche mit der Ablieferung von Weizen, Roggen, Hafer und Gerste im Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert ihren diesbezüglichen Verpflichtungen bis zum 15. ds. Mts. unter allen Umständen nachzukommen. Nach diesem Termine wird gegen die Säumigen mit Zwangsmassregeln vorgegangen. Darunter fallen auch die Erzeuger die erst einen Teil ihrer Ernte abgeliefert haben. Die Ablieferung hat an Herrn Georg Strauß hier zu geschehen.

Geisenheim, den 7. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Begrüßungs-Feier für die heimgekehrten Geisenheimer Kriegsteilnehmer.

Sonntag, den 8. Dezember 1918.

9½ Uhr vormittags: Fest-Gottesdienst in der katholischen und in der evangelischen Kirche.

8 Uhr abends:

Festversammlung

im Saale der »Germania«.

Alle Kriegsteilnehmer Geisenheims sind herzlich zu dieser Feier eingeladen und werden gebeten, zu der Festversammlung abends sich bereits 8 Uhr einzufinden zu wollen, damit ihnen besondere Plätze angewiesen werden können. Entlassungsscheine bitten mitzubringen.

Auch die Familienmitglieder der Krieger sind herzlich willkommen, soweit Platz vorhanden. Einlaß 8 Uhr.

Kinder haben keinen Zutritt.

Für den Festausschuß:

Dr. Schneider,

Bürgermeister.

Nassauer werbet für die Deutsche demokratische Partei!

Wir fordern:

1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.
2. Sofortige Wahlen zur Nationalversammlung nach der gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.
3. Energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauernland durch Aufteilung von Domänen und geeigneter großer Güter.
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungsgeschäfte in Reich, Staat und Gemeinde und vor allem

Frieden, Arbeit und Brot!

Anmeldungen zur Deutschen demokratischen Partei erfolgen bei dem Ortsverein oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Wiesbaden, Bachmayerstr. 10.

Polzwerk, Felle aller Art
werden in kürzester Zeit ladungsmäßig zu
Kragen, Muffs und Hüten
umgearbeitet und neu angefertigt.
A. Koerwer Nachf.
Lindenplatz 2.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Weinbergspfählen.

Cannene, geriffene Kieferne, Gold-Lärche Primisia, gesägte, kyanisierte. Rundstäbe kyanisiert, Weinbergspfahl imprägniert und kyanisiert, in Länge von 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl Pfähle zur Baumpflanzung imprägniert und kyanisiert.

Imprägnierte Pfähle zur Baumanlage in 2 bis 4 Meter Länge 5—12 Zentimeter Zapfstärke.

Wer jetzt kauft und bezieht tut gut daran.

Verkauf ab Lager gegen Kasse, Versand gegen Nachnahme.

Elisabeth Dillmann.

vorm. Gregor Dillmann.

Städtische Volksschule, Geisenheim.

Der Unterricht beginnt wieder am Dienstag, den 10. Dezember.

Geisenheim, den 7. Dez. 1918.

Der Rektor: Jansen.

Wohnung

4 Zimmer und Küche gleich oder später gesucht. Angebote unter F. 3. an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Ohfena-Fleischextrakt

Erst
eingedickte Suppenwürze
frisch eingetroffen.
Frau Rothhaupt
Marktstraße.

ARBEITER

nehmen an die
Geisenheimer Kaolinwerke.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß infolge der schlechten Kohlenzufuhr unsere Kohlenbestände sehr gering sind. Wenn daher die von uns erlassenen Einschränkungs-vorschriften nicht beachtet werden, müssen wir in den nächsten Tagen bereits teilweise untertags Stromabschaltung vornehmen, damit wir abends die notwendige Lichtlieferung bewerkstelligen können.

Wir bitten daher wiederholt, die Einschränkungs-vorschriften im eigenen Interesse der Allgemeinheit, zu beachten.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.

Eltrille a. Rhein.

Arbeiter- und Bauernrat, Geisenheim.

Sonntag Vormittag 10 Uhr:

Versammlung

in der Bahnhofswirtschaft des Herrn Andr. Ober,

Hotel, Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Sozialdemokratischer Wahlverein Geisenh.

Samstag Abend 8 Uhr findet in der Wirtschaft des Herrn Simon (Restaurant Scholl)

Mitglieder-Versammlung
statt. Vollständiges Erscheinen erwünscht. Freunde der Partei sind freundlich willkommen.

Der Vorstand.

Hausbursche oder Mädchen

Stundenweise oder für ganzen Tag gesucht.
Apotheker.

Dürkop-Fahrrad

mit gelben Felgen abhandeln gekommen.
Wiederbringer erhält Belohnung. Vor Kauf wird gewarnt. Abzugeben in der Geschäftsstelle der Zeitung.

Gebrauchte Spielwaren für Knaben und Mädchen

1 Pelzgarnitur

(Tibet) zu verkaufen.
Nüdesheim,
Geisenheimerstr. 6.

Schreiners Heilmittel

Gefägel u. Manichen.
empfehlen
Pet. Jos. Klein,
Steinheimerstraße 5.

Weihnachts-Zigarren

Stück 40 bis 100 Pfg. in 1. Qualität von 50 Stück an lieferbar.

Rauchtabak.

5 Pfund Wischware mit reinem Tabak M. 20.
5 Pfund feinsten Ersatztabak M. 12.

Biete volle Garantie.

für feinsten Wohlgeschmack und nehme gegen Portovergütung zurück was nicht gefällt.
Vertreter überall gesucht.
G. Hecher, Tabakfabrik,
Friedberg i. Hessen Nr. 7.

Möbel:

1 Schreibesekretär in Kirschbaum.
1 Vertikow und
1 Kommode in Kirschbaum, alle Stücke auf be e gearbeitet u. erhalten, preiswert abzugeben. Näheres i. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Prima Schöfferhof Flaschenbier

A. Bach (zur Krone).